

Österreichs Vorreiterrolle bei der nuklearen Abrüstung

Österreich hat mit breiter Unterstützung eine UN-[Resolution](#) eingebracht, die Atomwaffen verbieten und eliminieren soll. 2017 beginnen die Verhandlungen. Ein erfreuliches und lebhaftes Zeichen österreichischer Außenpolitik.

Thomas Roithner

Als sich die aktuelle Bundesregierung 2013 das „Eintreten für eine nuklearwaffenfreie Welt und Ächtung der Atomwaffen“ in das Regierungsprogramm geschrieben hat, war in Fachkreisen und der Zivilgesellschaft ein anerkennendes Nicken wahrzunehmen. Für die Mehrheit der Welt eine Selbstverständlichkeit. Für einen EU-Staat sehr engagiert. Für Österreich nahezu unglaublich. Zu leicht war der Schluss, die Forderung sei ein Papiertiger.

Humanitäre Folgen eines Atomwaffeneinsatzes

Es folgten Konferenzen in Oslo, Nayarit und schließlich jene in Wien im Dezember 2014. Eine zentrale [Feststellung](#) geht davon aus, dass die humanitären, gesundheitlichen, ökologischen oder wirtschaftlichen Konsequenzen einer nuklearen Explosion kaum denkbar und kontrollierbar sind. Das Risiko dieser Waffen ist höher als ihr scheinbarer Sicherheitsvorteil. Ergebnis dieser internationalen Beratungen ist der „Humanitarian Pledge“ an dessen Ende das „Verbot und die Abschaffung von Nuklearwaffen“ steht. Die [Unterstützung](#) dieser Selbstverpflichtung umfasst 127 Staaten. Ein starkes Signal während Teile der Nuklearwaffenstaaten ihre Atompotenziale modernisieren.

Aus der Ottawa-Konvention zur Ächtung von Anti-Personen-Minen (seit 1999 in Kraft) hat man politisch mitgenommen, dass nicht nur die Einbindung von Staaten und internationalen Organisationen wichtig ist, sondern auch humanitäre Einrichtungen, Parlamentarier sowie die Zivilgesellschaft wichtige Beiträge leisten. Der Schritt zum einem Verbot von Nuklearwaffen ist historisch insofern richtig, dass noch keine Waffengattung ohne ein Verbot geächtet worden wäre. Auch für Chemiewaffen und Biowaffen gibt es eine Konvention. Mit schrittweisen nuklearen Abrüstungsbemühungen steckt man jedenfalls bereits zu lange in einer verfahrenen Situation fest.

Kritiker einer atomwaffenfreien Welt

Die Kritiker dieser Abrüstungsinitiative sind offensichtlich. Das sind die offiziellen (z.B. USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) und nicht-offiziellen (z.B. Israel) Atomwaffenstaaten. Erschwerend kommt hinzu, dass alle ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates Atomwaffenstaaten sind. Die meisten EU-Staaten sind auch NATO-Staaten und für diese gilt die nukleare Teilhabe des Militärpakts. Dementsprechend zählen unter den EU-Staaten – neben Österreich – nur Malta, Zypern und Irland zu den Unterstützern des Austrian Pledge. Alle vier sind neutral oder paktfrei. Mit der eingebrachten Resolution soll auch in der EU Bewegung in die Debatte um die vollständige nukleare Abrüstung kommen. Erste Schritte wurden im EU-Parlament bereits getan.

Resolution

Österreich und 56 weitere Staaten haben bei den Vereinten Nationen nun die Resolution L.41 (taking forward multilateral nuclear disarmament negotiations) zur Eliminierung aller Atomwaffen eingebracht. Die Mehrheit von 123 Staaten hat zugestimmt. 38 Staaten stimmten dagegen und 16 Staaten – darunter China, Indien und Pakistan – enthielten sich der Stimme. Friedensnobelpreisträger Barack Obama hatte bei seiner vielbeachteten Rede 2009 in Prag noch für ein „global zero“ (atomwaffenfreie Welt) geworben. Nun stehen die USA der österreichischen Resolution negativ gegenüber.

Die UN-Generalversammlung muss dieses Ergebnis bestätigen und im Jahr 2017 beginnen die Verhandlungen um einen Vertrag zum Verbot und zur Abschaffung von Atomwaffen. Natürlich werden die Kritiker nicht locker lassen. Österreich kann sich in den Verhandlungen auch auf den Artikel VI des NPT (Nichtweiterverbreitungsvertrag) stützen, der die Nuklearwaffenstaaten zur Verhandlung um die vollständige Abrüstung verpflichtet.

Die Resolution trägt zweifellos dazu bei, dass bei Debatten über Nuklearstrategien und Nuklearwaffen künftig auch formell eine breite Mehrheit von Staaten eindeutig für eine nuklearwaffenfreie Welt eintritt. Auch die weitere Modernisierung dieser Waffen wird unter verstärkter öffentlicher Aufmerksamkeit stehen. Für die vielen internationalen und nationalen Kampagnen der Zivilgesellschaft wird dieser Etappenerfolg von Nutzen sein.

European Zero?

Ein Grund für die unzureichende friedenspolitische Sichtbarkeit Österreich in der internationalen Politik ist auf die Mitgliedschaft in der EU zurückzuführen. Mit wenigen Ausnahmen hat Österreich – entgegen der historischen Tradition aktiver Friedens- und Neutralitätspolitik – seit 1995 kaum mehr Initiativen gesetzt. Die Partner der eigenen Wertegemeinschaft – der EU – werden nun ein Dreh- und Angelpunkt sein, ob die mit der Resolution schon weit gediehenen Bemühungen auch als Ausgangspunkt für die Abschaffung von Atomwaffen in die Geschichtsbücher eingehen.

Quelle:

Roithner Thomas: Österreichs Vorreiterrolle bei der nuklearen Abrüstung, in: Neue Zürcher Zeitung Österreich, nzz.at, <https://nzz.at/republik/oesterreichs-vorreiterrolle-bei-der-nuklearen-abruestung> (<https://t.co/IPr1dNV7v6>), 29. Oktober 2016, Wien 2016.